

15779/J XXVII. GP

Eingelangt am 11.07.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen

**an die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie**

betreffend Staatliche Unterstützung im Dekarbonisierungsprozess

Um die nationalen, europäischen und internationalen Klimaziele zu erreichen, sind insbesondere im Bereich der Dekarbonisierung der Industrie erhebliche Investitionen notwendig. Die heimische Industrie steht in den kommenden Jahren vor der enormen Herausforderung, ihre Prozesse und Technologien auf emissionsärmere Alternativen umzustellen und gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Diese Umstellung auf effiziente Produktionsprozesse, die Elektrifizierung von Betriebsstätten oder die Errichtung von Carbon Capture-Anlagen sind mit massiven Investitionen verbunden. Ohne eine entsprechende Anreizschaffung in Kombination mit staatlichen Unterstützungsleistungen in Form von Investitionszuschüssen, Übernahme von Kostenanteilen oder im Bereich des Infrastrukturausbau besteht die reale Gefahr der Abwanderung unserer Industrie, da die Kosten des Transformationsprozesses untragbar werden und Unternehmen in anderen Regionen bessere Rahmenbedingungen vorfinden. Darüber hinaus sind weitere offene Fragen hinsichtlich des Zugangs zur notwendigen Infrastruktur im Bereich des Zugangs zu grünem Wasserstoff, der Anbindung an das Stromnetz aufgrund des massiv steigenden Strombedarfs oder anderer Infrastrukturprojekte wie Pipelines für den Transport von CO₂ und Wasserstoff etc. zu berücksichtigen. Der Ausbau und die Verfügbarkeit der Infrastruktur spielen eine entscheidende Rolle für die erfolgreiche Umsetzung der Dekarbonisierung und die Sicherung des Industriestandortes.

Fehlende Fördermaßnahmen wie z.B. das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG) verschlechtern bereits jetzt die Rahmenbedingungen für heimische Industriebetriebe und schwächen damit deren Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der europäischen und globalen Konkurrenz. Neben der Klima- und Transformationsoffensive des Bundes sind jedoch weitere Fördermaßnahmen wie Energie-, Investitions- und Betriebsmittelförderungen erforderlich, zumal viele der notwendigen Investitionen die Förderobergrenze von 30 Mio. Euro pro Maßnahme deutlich überschreiten werden.

Die Dekarbonisierung der Industrie darf dabei nicht ausschließlich von staatlicher finanzieller Unterstützung abhängen. Vielmehr müssen es die steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen den Unternehmen ermöglichen, innovative Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. Dazu ist es notwendig, bürokratische Hürden und Überregulierungen abzubauen und einen Rechtsrahmen zu schaffen, der den Unternehmen mehr Flexibilität und Eigeninitiative bei der Umstellung auf

emissionsarme Alternativen einräumt. Auch die Intensivierung von Public-Private-Partnerships und die gezielte Anreizschaffung für Infrastrukturinvestitionen können sicherstellen, dass Unternehmen Zugang zu den notwendigen Ressourcen für emissionsarme Technologien erhalten. Gleichzeitig werden dadurch Wettbewerb, Unternehmertum und Innovationsgeist gefördert und eine effiziente Ressourcennutzung ermöglicht.

Durch die Verbindung von staatlichen Förderungen, Deregulierung, funktionierenden Marktmechanismen und Anreizsetzung kann die notwendige erfolgreiche Dekarbonisierung der Industrie erreicht werden, die ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wirtschaften ermöglicht und damit den Industriestandort nachhaltig sichert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche Maßnahmen abseits der aktuellen Ausgestaltung des Transformationsfonds will das BMK schaffen, um die Dekarbonisierungsoffensive in der Industrie zu intensivieren?
2. Welche weiteren konkreten finanziellen Förderprogramme plant das BMK, um Unternehmen bei der Umstellung auf emissionsarme Technologien zu unterstützen?
3. Sind weitere Kostenbeteiligungen des Bundes zur finanziellen Entlastung der Unternehmen im Prozess der Dekarbonisierung bereits konkret in Planung?
 - a. Falls ja, welche?
 - b. Falls nein, warum nicht?
4. Sind Veränderungen in den steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen geplant, um Unternehmen mehr Flexibilität bei der Umstellung auf emissionsarme Alternativen oder Bau von zu ermöglichen?
5. Wie beabsichtigt das BMK die Rahmenbedingungen für Industrieunternehmen in Bezug auf Strompreise, Energie- und Betriebsmittelkosten zu verbessern bzw. finanziell zu unterstützen?
6. Plant das BMK die Schaffung von Public-Private-Partnerships?
 - a. Falls ja, in welchen Bereichen?
 - b. Falls nein, warum nicht?
7. Plant das BMK auch Unterstützungsleistungen im Bereich CO2-Abscheide, Speicher- und Wiederverwertungsanlagen?
 - a. Falls ja, welche?
 - b. Falls nein, warum nicht?
8. Welche Planungen laufen im BMK hinsichtlich einer Kostenbeteiligung des Bundes im Bereich des Infrastrukturaufbaus von beispielsweise Wasserstoff- und CO2-Transportnetzwerken und Lagerplätzen?

9. Wie soll die Wirksamkeit der bisherigen Förderung und künftiger Maßnahmen evaluiert werden, um sicherzustellen, dass sie zu den gewünschten Ergebnissen führen?